

Herr Dreschmann hielt seinen Vortrag.

KTM Grünewald betonte die Wichtigkeit der Wiederverwertung von geeigneten Materialien am Beispiel des ressourcenschonenden Bauens und der zeitigen Umsetzung solcher Ansätze.

Herr Dreschmann erklärte, dass verschiedene Anstrengungen sowohl zur Abfallvermeidung als auch zur effektiveren Verwertung von Abfall unternommen würden.

Frau Anschütz fragte, wie Bürger besser über falsch etikettierte Produkte informiert werden können. Insbesondere Ausdrücke wie „biologisch abbaubar“ seien problematisch.

Herr Dreschmann antwortete, dass alle Produkte problematisch seien, die keinen biologischen Ursprung hätten aber als „biologisch abbaubar“ klassifiziert würden, da sie eine längere Verweilzeit benötigen als der restliche Bioabfall. Die Vermittlung dieser Thematik an die Bürger gestalte sich schwierig.

SkB Kuhn fragte, ob es nötig sei über eine Rechtsänderung (auf der kommunalen Ebene) einen höheren Recyclinganteil bei der Produktion von Baumaterialien zu fordern, oder ob noch andere Maßnahmen vorgenommen werden sollten. Weiter fragte er, ob die Problematik von zu vielen Kunststoffen im hergestellten Kompost auch die RSAG betreffe und wie die Wertstoffe und insbesondere Kunststoffe durch die RSAG verarbeitet würden.

Herr Dreschmann erklärte, dass die erhöhten Mengen an Kunststoff im Kompost auch ein Problem für die RSAG darstellten und dass Schritte zur Minderung von Kunststoffen z.B. mit Detektionsgeräten bei der Müllabfuhr vorgenommen würden. Er führte weiter aus, dass die Recyclingquote für Kunststoffe 50% betrage. Bei anderen Wertstoffen, die eine niedrigere Recyclingquote hätten, handle es sich streckenweise um Stoffe, die nach heutigem Stand nur noch thermisch verwertet werden könnten. Es sei perspektivisch vorteilhafter, wenn die Produzenten von Verpackungsmaterial auf Verpackungen setzten, die vollständig abbaubar seien, auch wenn es ausbaufähige Methoden wie z. B. die chemische Verwertung gebe.

Herr Dreschmann führte weiter aus, dass zu einer breiten Implementierung und Akzeptanz von Recyclingbaustoffen noch Erfahrungswerte gesammelt werden müssten.

SkB Albrecht kritisierte, dass wichtige Themen der Abfallpolitik nicht vor den Klausurtagungen der RSAG im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft besprochen würden. Er fragte, ob die neue Verpackungsverordnung der Europäischen Union bei der Erstellung des Abfallwirtschaftskonzepts beachtet worden sei. Weiter fragte er, wie die RSAG mit Sperrmüll Diebstahl/-tourismus umgehe. Er befürwortete die Trennung von Grünschnitten und restlichen Bioabfällen.

Herr Dreschmann erklärte, dass die neue Verordnung im vorgelegten Abfallwirtschaftskonzept noch nicht hätte berücksichtigt werden können.

KTM Hildebrandt fragte inwiefern der Plan, eine Deponie für Erdaushub auf einer bereits bestehenden Deponie zu eröffnen, nicht schädlich sei für die künftige Option, alte Deponien zu eröffnen um das dort lagernde Material wieder zu verwerten.

Herr Dreschmann erklärte, dass durch die fehlende Abfalltrennung in der Vergangenheit eine Wiederöffnung alter Deponien aus heutiger Sicht nicht erfolgsversprechend sei.

SkB Kraatz merkte an, dass die Trennung von angelieferten Baustoffen auf einer Deponie vorteilhafter sei, um ihre Wiederverwendung in der Zukunft mit moderneren Methoden zu ermöglichen.

Herr Dreschmann erklärte, dass zur kleinteiligen Trennung von Bauabfällen große Flächen benötigt würden. Als Beispiel nannte er die separate Aufbewahrung von Klärschlammasche, die Phosphor beinhalte. Die separate Aufbewahrung ermögliche eine Verwendung in der Zukunft, wenn effiziente Verfahren zur Förderung des beinhalteten Phosphors vorhanden seien.

Er nannte Asbest als weiteres Hindernis bei der Wiederöffnung und Verwertung von alten Deponien.

KTM Roth fragte, ob es noch bessere Möglichkeiten zur Bürgerinformation bzgl. der Müllabfuhr gebe.

Herr Dreschmann erklärte, dass alle Informationen sowohl auf der RSAG-App als auch der Internetseite der RSAG für die Bürger zugänglich seien.

SkB Kuhn erklärte, dass er die Weiterverwertung von Sperrmüll nicht grundsätzlich für schädlich halte. Er äußerte aber Bedenken über die Weiterverwertung von Kühlschränken durch Laien, da deren Kühlmittel oftmals Schadstoffe enthalten würden.

KTM Engelhardt fragte, inwiefern das Benehmen für das Abfallwirtschaftskonzept nach § 8 Landeskreislaufwirtschaftsgesetz hergestellt worden sei.

Herr Dreschmann erklärte, dass die Kommunen und der Rhein-Sieg-Kreis im Vorhinein involviert worden seien und die Option gehabt hätten, sich zu äußern. Bei der nächsten Erstellung eines Abfallwirtschaftskonzepts werde mehr Zeit für den Vorlauf eingeplant.

KTM Roth kritisierte die Praxis von manchen Bürgern, ihren Abfall zu dem Sperrmüll anderer Bürger zu stellen.

Herr Dreschmann erklärte, dass er grundsätzlich kein Problem mit Sperrmülldiebstahl habe, aber das fehlende Mitdenken an die Mitbürger und an das Personal der RSAG nachteilhaft sei. Er sprach sich dafür aus, dass durch die Nutzung von Tausch- bzw. Verschenkbörsen die Menge an wieder verwertbaren Gegenständen im Sperrmüll minimiert werden solle. Er lobte hier u.a. die Arbeit der Nachbarschaftshilfe e.V. Rhein-Sieg.

*(Anmerkung der Verwaltung: Der Vortrag von Herr Dreschmann ist über das Kreistagsinformationssystem verfügbar.)*